

1504 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Ausgedruckt am 28. 2. 1994

Regierungsvorlage

Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-tschechoslowakischer Staatsverträge

Der Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten
Zl. 1175.09/111-IA-GL/93

Wien, am 22. Dezember 1993

Exzellenz,

In Anbetracht dessen, daß die Slowakische Republik nunmehr ein unabhängiger und souveräner Staat ist, beehre ich mich vorzuschlagen, die nachstehend angeführten völkerrechtlichen Verträge im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik in Kraft zu setzen, wobei die Bezeichnungen „Slowakische Republik“ bzw. „slowakisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Tschechoslowakische Republik“, „Tschechoslowakische Sozialistische Republik“, „ČSSR“, „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“ oder „ČSFR“ bzw. „tschechoslowakisch“ treten und die im folgenden einzeln angeführten weiteren Anpassungen vorgenommen werden:

1. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über wechselseitigen rechtlichen Verkehr in bürgerlichen Rechtssachen, über Urkundenwesen und über Erteilung von Rechtsauskünften samt Schlußprotokoll vom 10. November 1961;

2. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung bestimmter finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen samt Anlagen mit Briefwechsel vom 19. Dezember 1974;

3. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 7. März 1978;

4. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über konsularische Beziehungen vom 14. März 1979;

5. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Veterinärwesens vom 14. März 1979;

6. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfeleistung auf dem Gebiete des Zollwesens vom 18. November 1982, mit der Maßgabe, daß Art. 1 lit. b des Abkommens lautet:

„Zollverwaltungen“ die zentralen Zollbehörden, das sind in der Republik Österreich das Bundesministerium für Finanzen und in der Slowakischen Republik das Ministerium für Finanzen — Zentralzollverwaltung, und die diesen nachgeordneten Zollbehörden;

7. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens vom 18. November 1982;

8. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und Aufklärung gerichtlich strafbarer Handlungen sowie bei der Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr vom 21. Juni 1988, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 5 des Abkommens lautet:

„Bei der Durchführung dieses Abkommens erfolgt jeder dienstliche Verkehr unmittelbar zwischen dem Bundesministerium für Inneres

der Republik Österreich und dem Innenministerium der Slowakischen Republik.“

- b) Art. 14 des Abkommens lautet:
„Dieses Abkommen berührt nicht Verpflichtungen, die in anderen zweiseitigen Verträgen sowie in mehrseitigen Verträgen enthalten sind.“

9. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen vom 20. Mai 1990, mit der Maßgabe, daß in Art. 3 des Vertrags die Worte „dem Justizminister der Tschechischen Republik oder“ entfallen;

10. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den Schutz von Investitionen vom 15. Oktober 1990;

11. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Übernahme von Personen an der gemeinsamen Grenze vom 26. August 1991, mit der Maßgabe, daß

- a) in Art. 3 Abs. 2 des Abkommens die Worte „die Sicherheitsdirektionen für Niederösterreich und das Burgenland“ an die Stelle der Worte „die Sicherheitsdirektionen für Niederösterreich oder Oberösterreich“ treten;
b) Art. 4 Abs. 3 erster Satz des Abkommens lautet:
„Das Ersuchen um polizeiliche Durchbeförderung wird auf direktem Weg zwischen dem österreichischen Bundesministerium für Inneres und dem Innenministerium der Slowakischen Republik gestellt und erledigt.“

12. Bilaterales Abkommen in Form eines Briefwechsels zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über bestimmte Vereinbarungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte samt Anhängen sowie Briefwechsel, mit dem das österreichische Zollzugeständnis für Froschschenkel zurückgenommen wird, vom 12. Juni 1992.

Ich beehre mich ferner festzustellen, daß die nachstehend angeführten radizierten völkerrechtlichen Verträge nunmehr im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik in Kraft stehen, wobei die Bezeichnungen „Slowakische Republik“ bzw. „slowakisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Tschechoslowakische Republik“, „Tschechoslowakische Sozialistische Republik“, „ČSSR“, „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“ oder „CSFR“ bzw. „tschechoslowakisch“ treten und die im folgenden einzeln angeführten weiteren Anpassungen vorgenommen werden:

1. Übereinkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschecho-slowakischen Republik betreffend die Führung der österreichisch-tschecho-slowakischen Grenze und verschiedene, damit zusammenhängende Fragen vom 10. März 1921 in der Fassung des Vertrags über die gemeinsame Staatsgrenze vom 21. Dezember 1973, soweit dieses Übereinkommen die österreichisch-slowakische Staatsgrenze betrifft;

2. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik zur Regelung der Rechtsverhältnisse an der im Artikel 27, Punkt 6 des Staatsvertrages von St. Germain en Laye zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Österreich vom 10. September 1919 beschriebenen Staatsgrenze (Grenzstatut) vom 12. Dezember 1928 in der Fassung des Vertrags über die gemeinsame Staatsgrenze vom 21. Dezember 1973, soweit dieser Vertrag die österreichisch-slowakische Staatsgrenze betrifft;

3. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Regelung des Grenzüberganges der Eisenbahnen vom 22. September 1962 in der Fassung des Abkommens vom 3. Jänner 1967, mit der Maßgabe, daß in Art. 3 Abs. 1 bis 3 des Abkommens jeweils die lit. a bis d entfallen und die bisherige lit. e als lit. a bezeichnet wird;

4. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Regelung von wasserwirtschaftlichen Fragen an den Grenzgewässern samt Schlußprotokoll vom 7. Dezember 1967;

5. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gemeinsame Staatsgrenze samt Schlußprotokoll vom 21. Dezember 1973, soweit dieser Vertrag die österreichisch-slowakische Staatsgrenze betrifft;

6. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit und dem Strahlenschutz vom 25. Oktober 1989, mit der Maßgabe, daß Art. 8 Abs. 1 lit. b lautet:

„für die slowakische Seite die Atomkontrollbehörde der Slowakischen Republik“;

7. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr vom 17. Juni 1991.

1504 der Beilagen

3

Falls die Slowakische Republik mit Vorstehendem einverstanden ist, werden diese Note und Ihre bestätigende Antwortnote ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik bilden, das am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsstaaten einander mitteilen, daß die jeweiligen hiefür erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Alois Mock m. p.

S. E.
Herrn Jozef Moravcik
Minister für auswärtige Angelegenheiten
der Slowakischen Republik
Bratislava

(Übersetzung)

MINISTER ZAHRANIČNÝCH VECÍ
SLOVENSKEJ REPUBLIKY
Číslo:200 085/94 — KM

DER MINISTER FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK
Zahl 200.085/94-KM

Bratislava dňa 14. januára 1994

Preßburg, am 14. Jänner 1994

Excelencia,

Exzellenz,

v nadväznosti na Váš list č.: Zl. 1175.09/111-IA-GL/93 zo dňa 22. decembra 1993 si Vám na základe poverenia vlády Slovenskej republiky dovoľujem vyjadriť súhlas s tým, aby nasledujúce uvedené zmluvy medzi Slovenskou republikou a Rakúskou republikou nadobudli platnosť, pričom na miesto označenia „Československá republika“, „Československá socialistická republika“, „ČSSR“, „Česká a Slovenská Federatívna Republika“ alebo „ČSFR“ vstupuje označenie „Slovenská republika“ a „Slovenský“ a zároveň budú uskutočnené nasledovné jednotlivo uvedené úpravy:

mit Bezug auf Ihre Note Zl. 1175.09/111-IA-GL/93 vom 22. Dezember 1993 erlaube ich mir, Ihnen im Auftrag der Regierung der Slowakischen Republik das Einverständnis damit zum Ausdruck zu bringen, daß die nachstehend angeführten Verträge zwischen der Slowakischen Republik und der Republik Österreich in Kraft treten, wobei an die Stelle der Bezeichnungen „Tschechoslowakische Republik“, „Tschechoslowakische Sozialistische Republik“, „ČSSR“, „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“ oder „ČSFR“ bzw. „tschechoslowakisch“ die Bezeichnungen „Slowakische Republik“ und „slowakisch“ treten und gleichzeitig die im folgenden einzeln angeführten Anpassungen vorgenommen werden:

1. Zmluva medzi Československou socialistickou republikou a Rakúskou republikou o vzájomnom právnom styku vo veciach občiansko právnych, o listinách a o právnych informáciách so Záverečným protokolom z 10. novembra 1961.

1. Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über wechselseitigen rechtlichen Verkehr in bürgerlichen Rechtssachen, über Urkundenwesen und über Erteilung von Rechtsauskünften samt Schlußprotokoll vom 10. November 1961;

2. Zmluva medzi Československou socialistickou republikou a Rakúskou republikou o vysporiadaní určitých finančných a majetkoprávných otázok spolu s výmenou listov z 19. decembra 1974.

2. Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich zur Regelung bestimmter finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen samt Anlagen mit Briefwechsel vom 19. Dezember 1974;

3. Dohoda medzi Československou socialistickou republikou a Rakúskou republikou o zabránení dvojitého zdanenia v oblasti dane z príjmu a majetku zo 7. marca 1978.

3. Abkommen zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 7. März 1978;

4. Dohoda medzi Československou socialistickou republikou a Rakúskou republikou o konzulárnych stykoch zo 14. marca 1979.

4. Abkommen zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über konsularische Beziehungen vom 14. März 1979;

5. Dohoda medzi Československou socialistickou republikou a Rakúskou republikou o spolupráci v oblasti veterinárstva zo 14. marca 1979.

5. Abkommen zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Veterinärwesens vom 14. März 1979;

2

6. Dohoda medzi vládou Československej socialistickej republiky a vládou Rakúskej republiky o spolupráci a poskytovaní vzájomnej pomoci v oblasti colníctva z 18. novembra 1982, s úpravou, že čl. 1 písm. b) dohody znie:

„Colná správa“ ústredných colných úradov, je v Rakúskej republike Spolkové ministerstvo financií a v Slovenskej republike Ministerstvo financií-Ústredná colná správa, a príslušné colné úrady.

7. Dohoda medzi Československou socialistickou republikou a Rakúskom o spolupráci v zdravotníctva z 18. novembra 1982.

8. Dohoda medzi vládou Československej socialistickej republiky a vládou Rakúskej republiky o spolupráci pri predchádzaní a odhaľovaní trestných činov a zabezpečovaní bezpečnosti cestnej premávky z 21. júna 1988, s úpravou že:

a) čl. 5 Dohody znie:

Pri vykonávaní tejto Dohody sa uskutočňuje bezprostredný styk medzi Ministerstvom vnútra Slovenskej republiky a Ministerstvom vnútra Rakúskej republiky.

b) čl. 14 Dohody znie:

Táto Dohoda sa nedotýka záväzkov obsiahnutých v ostatných dvojstranných, ako aj mnohostranných zmluvách.

9. Zmluva medzi Českou a Slovenskou Federatívnou Republikou a Rakúskou republikou o vzájomnom výkone súdnych rozhodnutí vo veciach trestných z 20. mája s úpravou, že v čl. 3 Zmluvy odpadajú slová: „ministri spravodlivosti Českej republiky alebo“.

10. Dohoda medzi Českou a Slovenskou Federatívnou Republikou a Rakúskou republikou o podpore a vzájomnej ochrane investícií z 15. októbra 1990.

11. Dohoda medzi vládou Českej a Slovenskej federatívnej republiky a vládou Rakúskej republiky o preberaní osôb na spoločnej hranici z 26. augusta 1991 s úpravou, že:

6. Abkommen zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über die Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfeleistung auf dem Gebiete des Zollwesens vom 18. November 1982, mit der Maßgabe, daß Art. 1 lit. b des Abkommens lautet:

„Zollverwaltungen“ die zentralen Zollbehörden, das sind in der Slowakischen Republik das Ministerium für Finanzen und in der Republik Österreich das Bundesministerium für Finanzen — Zentralzollverwaltung, und die diesen nachgeordneten Zollbehörden;

7. Abkommen zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens vom 18. November 1982;

8. Abkommen zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über die Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und Aufklärung gerichtlich strafbarer Handlungen sowie bei der Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr vom 21. Juni 1988, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 5 des Abkommens lautet:

„Bei der Durchführung dieses Abkommens erfolgt jeder dienstliche Verkehr unmittelbar zwischen dem Innenministerium der Slowakischen Republik und dem Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich.“

b) Art. 14 des Abkommens lautet:

„Dieses Abkommen berührt nicht Verpflichtungen, die in anderen zweiseitigen Verträgen sowie in mehrseitigen Verträgen enthalten sind.“

9. Vertrag zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Republik Österreich über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen vom 20. Mai 1990, mit der Maßgabe, daß in Art. 3 des Vertrags die Worte „dem Justizminister der Tschechischen Republik oder“ entfallen;

10. Abkommen zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Republik Österreich über die Förderung und den Schutz von Investitionen vom 15. Oktober 1990;

11. Abkommen zwischen der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Regierung der Republik Österreich über die Übernahme von Personen an der gemeinsamen Grenze vom 26. August 1991, mit der Maßgabe, daß

1504 der Beilagen

5

a) v čl. 3. odseku 2 Dohody budú slová „bezpečnostné riaditeľstvo Dolnorakúska“ namiesto slov „bezpečnostné riaditeľstvá Dolnorakúska a Hornorakúska“.

b) v čl. 4. odsek 3 prvá veta Dohoda znie:

„Ziadosť o policajnú dopravu bude vybavená priamo medzi Ministerstvom vnútra Rakúska a Ministerstvom vnútra Slovenskej republiky“.

12. Bilaterálna dohoda vo forme výmeny listov medzi Českou a Slovenskou Federatívnou Republikou a Rakúskou republikou o určitých dohodách pre poľnohospodárske výrobky a poľnohospodárske spracovateľské produkty spolu s dodatkom, ktorým je stiahnuté rakúske colné povolenie na žabacie stehienka z 12. júna 1992.

Dovoľujem si ďalej konštatovať, že nasledujúce uvedené medzinárodné zmluvy medzi Slovenskou republikou a Rakúskou republikou sú platné, pričom na mieste označenia „Československá republika“, „Československá socialistická republika“, „ČSSR“, „Česká a Slovenská Federatívna Republika“ alebo „ČSFR“, prípadne „československý“ vstupuje označenie „Slovenská republika“ a „slovenský“, a zároveň budú uskutočnené nasledovné jednotlivo uvedené úpravy:

1. Dohoda medzi Československou Republikou a Rakúskou republikou, týkajúca sa vedenia rakúsko-česko-slovenskej hranice a rôzne spolu súvisiace otázky z 10. marca 1921 v znení zmluvy o spoločných štátnych hraniciach z 21. decembra 1973, pokiaľ sa táto Dohoda týka rakúsko-slovenskej hranice.

2. Zmluva medzi Československou republikou a Rakúskou republikou o úprave právnych pomerov na štátnej hranici opísanej v čl. 27 bod 6 Mierovej zmluvy medzi mocnosťami spojenými s Rakúskom, podpísanej v Saint Germain in Laye dňa 10. septembra 1919 /Hraničný štatút/ v znení Zmluvy o spoločných štátnych hraniciach z 21. decembra 1973, pokiaľ sa táto Dohoda týka rakúsko-slovenskej hranice.

3. Dohoda medzi Československou socialistickou republikou a Rakúskou republikou o úprave hraničných prechodov železníc z 22. septembra 1962 v znení Dohody z 3. januára 1967 s úpravou, že v čl. 3 ods. 1.3 Dohody odpadajú písmena a)–d) a doterajšie písmeno „e)“ bude označené ako „a)“.

a) in Art. 3 Abs. 2 des Abkommens die Worte „die Sicherheitsdirektionen für Niederösterreich und das Burgenland“ an die Stelle der Worte „die Sicherheitsdirektionen für Niederösterreich oder Oberösterreich“ treten;

b) Art. 4 Abs. 3 erster Satz des Abkommens lautet:

„Das Ersuchen um polizeiliche Durchbeförderung wird auf direktem Weg zwischen dem österreichischen Bundesministerium für Inneres und dem Innenministerium der Slowakischen Republik gestellt und erledigt.“

12. Bilaterales Abkommen in Form eines Briefwechsels zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Republik Österreich über bestimmte Vereinbarungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte samt Anhängen sowie Briefwechsel, mit dem das österreichische Zollzugeständnis für Froschschenkel zurückgenommen wird, vom 12. Juni 1992.

Ich erlaube mir ferner festzustellen, daß die nachstehend angeführten zwischenstaatlichen Verträge zwischen der Slowakischen Republik und der Republik Österreich in Kraft stehen, wobei an die Stelle der Bezeichnungen „Tschechoslowakische Republik“, „Tschechoslowakische Sozialistische Republik“, „ČSSR“, „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“ oder „ČSFR“ bzw. „tschechoslowakisch“ die Bezeichnungen „Slowakische Republik“ und „slowakisch“ treten und gleichzeitig die im folgenden einzeln angeführten Anpassungen vorgenommen werden:

1. Übereinkommen zwischen der Tschechoslowakischen Republik und der Republik Österreich betreffend die Führung der österreichisch-tschecho-slowakischen Grenze und verschiedene, damit zusammenhängende Fragen vom 10. März 1921 in der Fassung des Vertrags über die gemeinsame Staatsgrenze vom 21. Dezember 1973, soweit dieses Übereinkommen die österreichisch-slowakische Staatsgrenze betrifft;

2. Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Republik und der Republik Österreich zur Regelung der Rechtsverhältnisse an der im Artikel 27, Punkt 6 des Staatsvertrages von St. Germain en Laye zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Österreich vom 10. September 1919 beschriebenen Staatsgrenze (Grenzstatut) vom 12. Dezember 1928 in der Fassung des Vertrags über die gemeinsame Staatsgrenze vom 21. Dezember 1973, soweit dieser Vertrag die österreichisch-slowakische Staatsgrenze betrifft;

3. Abkommen zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über die Regelung des Grenzüberganges der Eisenbahnen vom 22. September 1962 in der Fassung des Abkommens vom 3. Jänner 1967, mit der Maßgabe, daß in Art. 3 Abs. 1 bis 3 des

4. Zmluva medzi Československej socialistickej republikou a Rakúskou republikou o úprave vodohospodárskych otázok na hraničných vodách spolu so záverečným protokolom zo 7. decembra 1967.

5. Zmluva medzi Československou socialistickou republikou a Rakúskou republikou o spoločnej štátnej hranici spolu so záverečným protokolom z 21. decembra 1973, pokiaľ sa táto Zmluva týka rakúsko-slovenskej štátnej hranice.

6. Dohoda medzi vládou Československej socialistickej republiky a vládou Rakúskej republiky o úprave otázok spoločného záujmu v súvislosti s jadrovou bezpečnosťou a ochranou pred žiarením z 25. októbra 1989 s úpravou, že čl. 8 ods. 1. písm. b) znie: „za slovenskú stranu Úrad jadrového dozoru Slovenskej republiky“.

7. Dohoda medzi Českou a Slovenskou Federatívnou Republikou a Rakúskou republikou o uľahčení pohraničného odbavovania v železničnej, cestnej a vodnej doprave zo 17. júna 1991.

Tento list spolu s listom ministra zahraničných vecí Rakúskej republiky tvorí dohodu, ktorá nadobudne platnosť prvý deň druhého mesiaca, ktorý nasleduje po mesiaci, v ktorom si zmluvné strany vzájomne oznámili, že boli splnené podmienky pre nadobudnutie platnosti tejto dohody.

S prejavom hlbokej úcty

i. V. Lisuch

J. E.
Alois Mock
minister zahraničných vecí
Rakúskej republiky
Viedeň

Abkommens jeweils die lit. a bis d entfallen und die bisherige lit. e als lit. a bezeichnet wird;

4. Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über die Regelung von wasserwirtschaftlichen Fragen an den Grenzgewässern samt Schlußprotokoll vom 7. Dezember 1967;

5. Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich über die gemeinsame Staatsgrenze samt Schlußprotokoll vom 21. Dezember 1973, soweit dieser Vertrag die österreichisch-slowakische Staatsgrenze betrifft;

6. Abkommen zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Österreich zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit und dem Strahlenschutz vom 25. Oktober 1989, mit der Maßgabe, daß Art. 8 Abs. 1 lit. b lautet: „für die slowakische Seite die Atomkontrollbehörde der Slowakischen Republik“;

7. Abkommen zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Republik Österreich über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr vom 17. Juni 1991.

Diese Note bildet zusammen mit der Note des Außenministers der Republik Österreich ein Abkommen, das am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

i. V. Lisuch

S. E.
Herrn Alois Mock
Minister für auswärtige Angelegenheiten
der Republik Österreich
Wien

VORBLATT

Problem:

Als neuentstandener Staat tritt die Slowakei grundsätzlich nicht automatisch in die völkerrechtlichen Verträge ein, die zwischen Österreich und dem Gebietsvorgänger der Slowakei, der ehemaligen Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, abgeschlossen worden sind.

Ziel:

Bestimmte völkerrechtliche Verträge Österreichs mit der ehemaligen Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik sollen im Verhältnis zwischen Österreich und der Slowakei in Kraft gesetzt bzw., bei sogenannten „radizierten Verträgen“, als in Kraft stehend festgestellt werden.

Inhalt:

Durch den Notenwechsel werden zwölf völkerrechtliche Verträge Österreichs mit der ehemaligen Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik im Verhältnis zur Slowakei in Kraft gesetzt. Bei sieben weiteren Verträgen wird die einvernehmliche Feststellung getroffen, daß sie als „radizierte Verträge“ nunmehr im Verhältnis zwischen Österreich und der Slowakei in Kraft stehen. Bei sämtlichen angeführten Verträgen werden die erforderlichen Anpassungen vorgenommen.

Alternativen:

Keine.

Kosten:

Keine.

EG-Konformität:

Die EG-Konformität des Notenwechsels ist gegeben.

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil

Der Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-tschechoslowakischer Staatsverträge hat gesetzändernden und Gesetzesergänzenden Charakter und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Er hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Z 5 des zweiten, die radizierten Verträge betreffenden Abschnitts des Notenwechsels ist verfassungsändernd. Eine Zustimmung des Bundesrats gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG ist nicht erforderlich, da keine Angelegenheiten, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, geregelt werden.

Die Slowakische Republik wurde von Österreich am 1. Jänner 1993 als unabhängiges und souveränes Mitglied der Staatengemeinschaft anerkannt (vgl. den diesbezüglichen Beschluß der Bundesregierung vom 15. Dezember 1992, Pkt. 30 des Beschl. Prot. 86). Als neuentstandener Staat tritt die Slowakei grundsätzlich nicht automatisch in die völkerrechtlichen Verträge ein, die zwischen Österreich und dem Gebietsvorgänger der Slowakei, der ehemaligen Tschechischen und Slowakischen Republik, abgeschlossen worden sind (völkerrechtliches „clean slate“-Prinzip). Es sollen daher durch einen Notenwechsel einzelne dieser völkerrechtlichen Verträge im Verhältnis zwischen Österreich und der Slowakei in Kraft gesetzt und dabei auch die erforderlichen Anpassungen (insbesondere hinsichtlich von Staaten- und Behördenbezeichnungen) vorgenommen werden.

Eine etwas abweichende Vorgangsweise ist bei den sogenannten „radizierten Verträgen“ (auch „territoriale Regime“ genannt), dh. insbesondere bei Grenzverträgen und Flußregimen, erforderlich, deren Geltung nach dem Völkerrecht — abweichend vom obgenannten Grundsatz — automatisch auf den oder die Gebietsnachfolger übergeht. Bei „radizierten Verträgen“ wird im Rahmen des Notenwechsels aus Gründen der Rechtssicherheit die Feststellung getroffen, daß sie nunmehr im

Verhältnis zwischen Österreich und der Slowakei in Kraft stehen, wobei gleichfalls die erforderlichen Anpassungen vorgenommen werden.

Der gesamte Bestand der völkerrechtlichen Verträge Österreichs mit der ehemaligen Tschechischen und Slowakischen Republik wurde von österreichischer und slowakischer Seite eingehend im Hinblick auf eine allfällige Weiteranwendung und Aufnahme in den Notenwechsel sowie auf allenfalls erforderliche Anpassungen geprüft. Verträge, die bereits neuverhandelt werden oder deren Neuverhandlung in näherer Zukunft bevorsteht, sowie Verträge, die obsolet geworden sind oder bei denen kein Interesse an einer Weiteranwendung besteht, wurden in den Notenwechsel nicht aufgenommen.

Die Regelung der Weiteranwendung bestimmter Verträge wurde, nach entsprechender Beschlußfassung durch die Bundesregierung in zwei Teilen durchgeführt. Der vorliegende erste Teil ist ein Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-tschechoslowakischer Staatsverträge und umfaßt 13 Verträge, die der Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG unterliegen. Zwölf dieser Verträge sollen im Verhältnis zur Slowakei in Kraft gesetzt, und bei sieben „radizierten Verträgen“ soll die Feststellung getroffen werden, daß sie nunmehr im Verhältnis zwischen Österreich und der Slowakei in Kraft stehen. Weitere 13 Verträge, die nicht unter Art. 50 Abs. 1 B-VG fallen und daher nicht der Genehmigung durch den Nationalrat unterliegen, wurden in den zweiten Teil, einen Notenwechsel zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Slowakischen Republik betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-tschechoslowakischer Staatsverträge, aufgenommen.

Bis zum Inkrafttreten des vorliegenden Notenwechsels, nach erfolgter Genehmigung durch den Nationalrat, werden die im Notenwechsel angeführten Verträge — soweit sie nicht bereits als „radizierte Verträge“ im Verhältnis zur Slowakei in Geltung stehen — gemäß den allgemeinen Regeln des Völkerrechts (Art. 9 Abs. 1 B-VG) in pragmatischer Weise im Verhältnis zur Slowakei weiter

angewendet. Gleiches gilt bei jenen nicht im Notenwechsel angeführten Verträgen, die bereits neuverhandelt werden oder deren Neuverhandlung in näherer Zukunft bevorsteht bis zum Inkrafttreten der entsprechenden Neuregelungen.

Die EG-Konformität der durch den Notenwechsel in Kraft gesetzten bzw. als in Kraft stehend festgestellten völkerrechtlichen Verträge ist auf Grund der derzeit bestehenden Gemeinschaftskompetenzen gegeben. Der Gegenstand der betroffenen Verträge fällt in die Kompetenz der einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft.

II. Besonderer Teil

Erster Abschnitt

Im ersten Abschnitt des Notenwechsels sind zwölf völkerrechtliche Verträge angeführt, die im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik in Kraft gesetzt werden sollen. Durch eine Generalklausel wird die Änderung der verschiedenen Bezeichnungen des Vertragspartners in „Slowakische Republik“ bzw. „slowakisch“ bewirkt. Dies bezieht sich auch auf die Titel der Verträge, die demnach in Hinkunft als „Vertrag/Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über ... in der Fassung des Notenwechsels vom 22. Dezember 1993 bzw. 14. Jänner 1994“ zu bezeichnen sind.

Zu Punkt 1:

Der Vertrag über wechselseitigen rechtlichen Verkehr in bürgerlichen Rechtssachen, über Urkundenwesen und über Erteilung von Rechtsauskünften samt Schlußprotokoll wurde mit BGBl. Nr. 309/1962 kundgemacht.

Zu Punkt 2:

Der Vertrag zur Regelung bestimmter finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen samt Anlagen mit Briefwechsel wurde mit BGBl. Nr. 451/1975 kundgemacht.

Zu Punkt 3:

Das Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wurde mit BGBl. Nr. 34/1979 kundgemacht.

Zu Punkt 4:

Das Abkommen über konsularische Beziehungen wurde mit BGBl. Nr. 526/1980 kundgemacht.

Zu Punkt 5:

Das Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Veterinärwesens wurde mit BGBl. Nr. 510/1981 kundgemacht.

Zu Punkt 6:

Das Abkommen über die Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfeleistung auf dem Gebiete des Zollwesens wurde mit BGBl. Nr. 410/1984 kundgemacht.

Die Änderung des Art. 1 lit. b des Abkommens betrifft die Bezeichnung der slowakischen Zollbehörden.

Zu Punkt 7:

Das Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens wurde mit BGBl. Nr. 277/1983 kundgemacht.

Zu Punkt 8:

Das Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und Aufklärung gerichtlich strafbarer Handlungen sowie bei der Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr wurde mit BGBl. Nr. 212/1990 kundgemacht.

Die Änderungen des Art. 5 des Abkommens betrifft die Bezeichnung des slowakischen Innenministeriums.

Mit der Änderung des Art. 14 des Abkommens entfällt der in der ursprünglichen Fassung des Art. 14 enthaltene Hinweis auf die österreichisch-tschechoslowakischen Verträge über die Rechtshilfe in Strafsachen, BGBl. Nr. 381/1985, und über die Auslieferung, BGBl. Nr. 382/1985, da diese mit dem ab 14. Juli 1992 wirksamen Beitritt der Tschechoslowakei zum Europäischen Übereinkommen über die Auslieferung und über die Rechtshilfe in Strafsachen, BGBl. Nr. 41/1969, außer Kraft getreten sind. Das Europäische Übereinkommen steht gemäß Kontinuitätserklärung, BGBl. Nr. 178/1993, für die Slowakei ab 1. Jänner 1993 in Geltung.

Zu Punkt 9:

Der Vertrag über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen, wurde mit BGBl. Nr. 54/1992 kundgemacht. Mit der Änderung von Art. 3 des Vertrags wird klargestellt, daß für den Schriftverkehr nach diesem Vertrag auf der Seite des Vertragspartners nur mehr der Innenminister der Slowakischen Republik zuständig ist.

Zu Punkt 10:

Das Abkommen über die Förderung und den Schutz von Investitionen wurde mit BGBl. Nr. 513/1991 kundgemacht.

10

1504 der Beilagen

Zu Punkt 11:

Das Abkommen über die Übernahme von Personen an der gemeinsamen Grenze wurde mit BGBl. Nr. 667/1992 kundgemacht.

Mit der Änderung des Art. 3 Abs. 2 des Abkommens wird klargestellt, daß „die Sicherheitsdirektionen für Niederösterreich und das Burgenland“ für die Anträge auf Übernahme und die Ausstellung der Übernahmeerklärung zuständig sind.

Die Änderung des Art. 4 Abs. 3 erster Satz des Abkommens betrifft die Bezeichnung des slowakischen Innenministeriums.

Zu Punkt 12:

Das bilaterale Abkommen in Form eines Briefwechsels über bestimmte Vereinbarungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte samt Anhängen sowie Briefwechsel, mit dem das österreichische Zollzugeständnis für Froschschmelz zurückgenommen wird, wurde mit BGBl. Nr. 730/1992 kundgemacht.

Zweiter Abschnitt

Im zweiten Abschnitt des Notenwechsels sind sieben radizierte völkerrechtliche Verträge (vgl. zu diesem Begriff den Teil I. der Erläuterungen) angeführt, in denen die — deklaratorische — Feststellung getroffen wird, daß sie nunmehr im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik in Kraft stehen. Auch bei diesen Verträgen wird durch eine Generalklausel die Änderung der verschiedenen Bezeichnungen des Vertragspartners in „Slowakische Republik“ bzw. „slowakisch“ bewirkt. Dies bezieht sich auch auf die Titel der Verträge, die demnach in Hinkunft als „Vertrag/Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über ... in der Fassung des Notenwechsels vom 22. Dezember 1993 bzw. 14. Jänner 1994“ zu bezeichnen sind.

Zu Punkt 1:

Das Übereinkommen betreffend die Führung der österreichisch-tschecho-slowakischen Grenze und verschiedene, damit zusammenhängende Fragen wurde mit BGBl. Nr. 396/1922 kundgemacht, die geänderte Fassung mit BGBl. Nr. 344/1975.

Zu Punkt 2:

Der Vertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse an der im Artikel 27, Punkt 6 des Staatsvertrages von St. Germain en Laye zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Österreich vom 10. September 1919 beschriebenen Staatsgrenze (Grenzstatut) wurde mit BGBl. Nr. 303/1930 kundgemacht, die geänderte Fassung mit BGBl. Nr. 344/1975.

Zu Punkt 3:

Das Abkommen über die Regelung des Grenzüberganges der Eisenbahnen wurde mit BGBl. Nr. 41/1964 kundgemacht, die Änderung mit BGBl. Nr. 348/1967. Die Änderung des Art. 3 Abs. 1 bis 3 des Abkommens stellt klar, daß sich der Anwendungsbereich des Abkommens nur mehr auf slowakische Grenzübergänge, Betriebswechsellinien und Grenzbahnhöfe bezieht.

Zu Punkt 4:

Der Vertrag über die Regelung von wasserwirtschaftlichen Fragen an den Grenzgewässern samt Schlußprotokoll wurde mit BGBl. Nr. 106/1970 kundgemacht.

Zu Punkt 5:

Der Vertrag über die gemeinsame Staatsgrenze samt Schlußprotokoll wurde mit BGBl. Nr. 344/1975 kundgemacht. Da dieser Vertrag verfassungsändernde Bestimmungen enthält, die sich teilweise auf die österreichisch-slowakische Grenze beziehen, bedarf Punkt 6 der Behandlung als verfassungsändernd.

Zu Punkt 6:

Das Abkommen zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit und dem Strahlenschutz wurde mit BGBl. Nr. 565/1990 kundgemacht.

Die Änderung des Art. 8 Abs. 1 lit. b bezieht sich auf die Bezeichnung der von der slowakischen Seite zur Durchführung dieser Abkommen bestimmten Koordinierungsstelle.

Zu Punkt 7:

Das Abkommen über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr wurde mit BGBl. Nr. 561/1992 kundgemacht.